



Antwort zur Anfrage Nr. 0500/2022 der FDP-Stadtratsfraktion betreffend **Aktualisierung des Konzepts für den Zivilschutz in der Stadt Mainz (Persönliche Anfrage)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**Welche Maßnahmen ergreift die Stadtverwaltung, um das Zivilschutz-Konzept für Mainz in Absprache mit Bund und Land auf die neue Lage anzupassen?**

Die Zuständigkeit für den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen eines militärischen Konfliktes ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geregelt. Alleine der Bund verfügt über die Gesetzgebungsgewalt. Die Ausführung der Regelungen und Vorgaben ist den Ländern als Auftragsangelegenheit zugewiesen. Die Länder wiederum haben die Aufgaben den Aufgabenträgern des Katastrophenschutzes übertragen. Dies sind in Rheinland-Pfalz die Landkreise und kreisfreien Städte.

Die Stadt Mainz ist als kreisfreie Stadt für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Zivilschutzes zwar zuständig, dies allerdings nur als ausführendes Organ. Spielraum, ob und wie der Zivilschutz in Mainz auszugestaltet ist, ist weder der Stadt, noch dem Land Rheinland-Pfalz gegeben. Insofern ist die Stadt Mainz nicht in der Situation, eigene Zivilschutzkonzepte zu entwickeln.

Aktuell hat der Bund über die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, den Status der ehemaligen Schutzräume ermitteln lassen. Die Schutzräume in Mainz wurden weitestgehend aus der Zivilschutzbindung entlassen, d. h. teilweise haben sich die Eigentumsverhältnisse geändert und die vorhandene Technik ist seit Jahren entfernt. Eine Reaktivierung ist nicht möglich. Inwieweit der Bund die Reaktivierung anstrebt oder weitere Veränderungen im Zivilschutz aufgrund der Entwicklung in der Ukraine plant, ist der Stadt Mainz zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Für den Bereich des Katastrophenschutzes sieht die Situation anders aus. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind zuständig. Somit kann die Stadt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung alleine über die Ausgestaltung entscheiden.

In diesem Zusammenhang laufen bereits seit längerem Vorbereitungen, diesen auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten und für diese auszustatten. Die Stadt Mainz steht dazu im ständigen Austausch mit den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen. Aktuell sind drei Notfallkrankswagen und drei Löschgruppenfahrzeuge in der Beschaffung.

Zusätzlich sind die Planungen für neue elektronische Sirenen in der Stadt Mainz weit fortgeschritten und in den kommenden Wochen erfolgt die Ausschreibung für deren Aufbau. Der Bund und das Land Rheinland-Pfalz unterstützen den Ausbau des Sirenennetzes zur Warnung der Bevölkerung im Rahmen eines Sonderförderprogrammes. Die Verwaltung hat bereits entsprechende Fördergelder beantragt, die vom Land auch teilweise bereits bewilligt sind.

Mainz, 27.05.2022

gez. Michael Ebling

Michael Ebling  
Oberbürgermeister